



Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen  
Landesgruppe Wien

**März 2005**

In dieser Nummer:

- Generalversammlung
- Versicherung FH-PraktikantInnen
- Social Work Action Day 2005
- In eigener Sache
- MAF – Veranstaltung
- Stoppt Bolkestein
- Nachrufe

**Einladung zur**

**Generalversammlung**

**der Landesgruppe Wien des  
OBDS**

**am 28. April 2005, 17.15 Uhr**

**in 1060 Wien,  
Mariahilferstraße 81/1/14**

Im Anschluss daran ist um 19 Uhr eine  
Veranstaltung zum Thema „Sozialarbeit im  
Krankenhaus“ geplant.

**Nr. 154      1-2005**  
**Zulassungs Nr.: 02Z030995**

**P.b.b**

Impressum:

Verlagspostamt: 1060 Wien, Aufgabepostamt: 1150 Wien  
Herausgeber: Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen,  
Landesgruppe Wien (OBDS-Wien)

1060 Wien, Mariahilferstr. 81/1/14 Tel: 587 46 56 Fax: Kl. 10

Homepage: <http://www.wien-sozialarbeit.at> E-mail: [wien@sozialarbeit.at](mailto:wien@sozialarbeit.at)

Bank Austria BLZ: 20151 Kto.Nr.: 665 024 006

**Aktuelle Infos findet Ihr immer unter <http://www.wien-sozialarbeit.at>**

## Versicherungspflicht für PraktikantInnen

### Ein Erfolg des Berufsverbandes

Bereits vor Beginn des Studienjahres 2004/05 war klar, dass mit dem Start der FH – Studiengänge die Gebietskrankenkassen die seit der ASVG - Novelle 2002 geltende Versicherungspflicht von LangzeitpraktikantInnen einfordern wird. Im Oktober 2004 gab es noch immer keine befriedigende Lösung zwischen der Gemeinde Wien, als größtem Arbeitgeber von SozialarbeiterInnen und somit bisher auch größtem Anbieter von Praktikumsplätzen und dem Campus – Favoriten, Studiengangsleitung.

Darauf sahen wir uns als Berufsvertretung verpflichtet, die zuständigen Politikerinnen – die Stadträtinnen Laska, Brauner und Whesely - sowie Magistratsdirektor Theimer im Interesse einer qualitativ hochwertigen und praxisnahen Ausbildung der StudentInnen (die zu einem großen Teil auch zukünftige ArbeitnehmerInnen der Gemeinde Wien sind) zu einer einheitlichen und akzeptablen Regelung der Pflichtversicherung aufzufordern.

In Ermangelung einer Regelung waren nur wenige Abteilungen bereit, PraktikantInnen überhaupt auf zu nehmen. Anfang November 2004 kamen die ersten PraktikantInnen in die Dienststellen, wobei einige wieder nach Hause geschickt wurden, da es noch immer keine Regelung für die Versicherung gab.

Daraufhin gelang es innerhalb von zwei Tagen, eine Vereinbarung abzuschließen, um persönliche und finanzielle Verluste (Verzögerung des Studiums, Studiengebühren, ...) der StudentInnen zu verhindern. Die PraktikantInnen wurden angestellt (zu einem Nominalbetrag weit unter der Geringfügigkeitsgrenze).

Mit Unterstützung der StudiengangsleiterInnen der FH war es uns möglich, alle angeforderten Dokumente und Zahlen an die Verwaltungsakademie/Personalentwicklung weiter zu leiten. Die Reaktion auf unser Schreiben kam vom Magistratsdirektor, der die Verwaltungsakademie – Abteilung für Personalentwicklung beauftragte, eine Regelung für Langzeitpraktika für den gesamten Bereich der Gemeinde Wien auszuarbeiten. Der Berufsverband wurde zu einem Informationsgespräch eingeladen. Thema waren sowohl das Praktikumscurriculum, als auch die Aufgaben der PraktikumsanleiterInnen und die Bedeutung gut ausgebildeter zukünftiger KollegInnen.

Es wurde vereinbart, dass der Personalentwicklungsstelle alle erforderlichen Unterlagen in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt werden.

Derzeit gibt es ein erstes Ergebnis unserer Bemühungen: Das Personalamt der Stadt Wien wird gemeinsam mit der Verwaltungsakademie-Personalentwicklung an die Gebietskrankenkassa herantreten und eine Neuverhandlung anstreben.

Wunschziel des Berufsverbandes Landesgruppe Wien ist es, eine Aufhebung der Versicherungspflicht zu erreichen!

Das Wiener Jugendamt hat in der Zwischenzeit wieder LangzeitpraktikantInnen aufgenommen. Diese erhalten laut Vertrag, der dem Berufsverband vorliegt, eine nominelle Entschädigung von 50,- monatlich.

Andere Abteilungen werden sich dieser Regelung anschließen. Die Stadt Wien will diese Gelder von der Fachhochschule refundiert erhalten.

Auch verschiedene Vereine haben eine Regelungen getroffen, allerdings mit anderen Vereinbarungen (z.B. Caritas-Wien, 70,- mtl., Neustart als geringfügig Beschäftigte, u.a.m.)

#### **Offenlegung gemäß Mediengesetz:**

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen, Landesgruppe Wien (OBDS-Wien)

Vorstand:

DSA Olga Zechner, Vorsitzende; DSA Rudi Rögner, stv. Vorsitzende; DSA Michael Vorläufer, Kassier; DSA Maria Moritz, stv. Kassier; DSA Rudolf Erbler, Schriftführer; DSA Stefano Falchetto, stv. Schriftführer

Blattlinie:

Das „BV-Info“ ist die Informationszeitschrift der Landesgruppe Wien des OBDS für deren Mitglieder und andere SozialarbeiterInnen. Es berichtet über soziale Fragen und Berufsinteressen der SozialarbeiterInnen in Wien, sowie über den Berufsverband Der SozialarbeiterInnen

## Social Work Action Day 2005

### Der SWAD 2005 wird am 8. November 2005 stattfinden. Thema ist die Rolle der Sozialarbeit in Europa und in Österreich.

Es soll auf vielfältige Weise dargestellt werden, was Sozialarbeit leistet und wie SozialarbeiterInnen die Herausforderungen beim Umbau des Sozialstaates und der Systeme der Sozialen Sicherheit aufnehmen. Die Auswirkungen der Privatisierungen sollen bekannt gemacht werden. Insbesondere wird auf die Empfehlungen des Europarates aus dem Jahr 2001 zum Ausbau der Sozialarbeit in Europa hingewiesen:

„Der Europarat

- anerkennt in diesem Zusammenhang, dass Globalisierung, politische und soziale Transformation, wie auch Ausmaß und Geschwindigkeit der Veränderungen, zu sozialen Spannungen führen (zum Beispiel, Arbeitslosigkeit, Armut, geographische Mobilität und Druck auf familiäre Beziehungen), die eine Bedrohung des sozialen Zusammenhaltes darstellen und zur Instabilität von Familien beitragen;
- anerkennt, dass Sozialarbeit, in Zusammenarbeit mit den Benutzern der Dienste, mit Gemeinschaften und anderen Berufsgruppen, das soziale Wohlergehen von Einzelpersonen, Gruppen und Gesellschaften fördert, den sozialen Zusammenhalt in Zeiten des Umbruchs unterstützt und gefährdete Mitglieder der Gesellschaft schützt. Manche Personen können sich aufgrund ihres persönlichen Unglücks oder Veränderungen nicht mehr selbst versorgen. Manche benötigen Hilfe und Führung. Manche benötigen Betreuung, Unterstützung und Schutz. Sozialarbeiter gehen auf solche Bedürfnisse ein: Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, sowohl durch ihre Präventivarbeit als auch durch ihr Eingehen auf soziale Probleme. Sozialarbeit ist daher eine Investition in die Zukunft europäischer Wohlfahrt;

Der Europarat empfiehlt folgende Maßnahmen zu setzen:

- Das Bereitstellen solider, rechtlicher Grundlagen für die Tätigkeit der SozialarbeiterInnen;
- Die Einbeziehung von SozialarbeiterInnen und Benutzern bei der Definition und bei der Überwachung von Servicestandards;
- Die Beachtung der Implikationen politischer und sozialer Entwicklungen in Europa auf die Ausübung von Sozialarbeit und auf die Grund- und Weiterbildung von SozialarbeiterInnen in allen Bereichen;
- Die Unterstützung dauerhafter Entwicklungen neuer Kommunikationstechnik in der Sozialarbeitsausbildung und Schulung;
- Die Förderung verpflichtender Kurse zum Thema Menschenrechte im Rahmen der Lehrpläne für Sozialarbeit sowie die Sicherstellung, dass die praktische Umsetzung dieser Inhalte besondere Beachtung findet;
- Die Ermutigung zum Engagement von Lernenden, Lehrern und praktischem Personal aus ethnischen oder anderen Minderheiten sowie die Unterstützung von Entwicklungen von Methoden in der Sozialarbeit, die auf die Bedürfnisse aller Gesellschaftsbereiche eingehen;
- Die Förderung der Erstellung von Unterrichtsmaterialien über Menschenrechte und Minderheitenfragen sowie die Übersetzung des Dokumentes Menschenrechte und Sozialarbeit: ein Handbuch für Schulen für Sozialarbeit (Vereinte Nationen Zentrum für Menschenrechte) in die jeweils in der praktischen Sozialarbeit angewandte Sprache;
- Das Finden eines Mechanismus, der verhindern soll, dass Personen, die wegen Misshandlung von betreuten Kindern oder Erwachsenen verurteilt wurden, in der Zukunft für sozialen Dienste engagiert werden;
- Die Förderung der Entwicklung ethischer Richtlinien in Übereinstimmung mit den bestehenden internationalen Instrumenten und das Verlangen der Förderung guter Praxis seitens der Organisationen, indem sie diese ethischen Richtlinien in ihre Dienstleistungen integrieren und entsprechende Arbeitsbedingungen bieten;
- Das Setzen von Maßnahmen zur Förderung von Mobilität der BerufssozialarbeiterInnen, des Lehrpersonals und der Auszubildenden in den europäischen Staaten;
- Das Bestreben nach Entwicklung und Förderung von mehr Kompatibilität und Vergleichbarkeit in allen Ausbildungsbereichen der Sozialarbeit und das Festlegen von Initiativen zu deren Umsetzung;
- Das Ermuntern der Sozialdienste professionelle SozialarbeiterInnen einzusetzen;
- Die enge und interdisziplinäre Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden der SozialarbeiterInnen im Sinne der Einhaltung dieser Empfehlungen.

**Aktuelle Infos findet Ihr immer unter <http://www.wien-sozialarbeit.at>**

Im **Anhang zu den Empfehlungen Rec(2001)1** stehen die bestimmenden Prinzipien für den Beitrag, den SozialarbeiterInnen in enger Zusammenarbeit mit ihren Berufsverbänden für den Erhalt des sozialen Zusammenhaltes leisten können:

- Menschenrechte und Freiheiten müssen respektiert werden, und es ist notwendig den komplexen Einflüssen auf das menschliche Verhalten besondere Beachtung zu schenken, einschließlich der sozialen wie auch wirtschaftlichen und psychologischen Faktoren sowie religiösen und kulturellen Traditionen. Wirkungsvolle Sozialarbeitsausbildung und Praxis in einer zunehmend mobilen und differenzierten, modernen, europäischen Gesellschaft, erfordert das Verstehen von ethnischen Minderheiten und Sensibilität im Umgang mit interkulturellen Sichtweisen.
- Wo es Anlass zur Sorge um eine Person oder andere gibt, müssen die Menschenrechte, bei gleichzeitigem Schutz der Interessen anderer involvierter Personen, respektiert werden.
- SozialarbeiterInnen haben zusammen mit anderen Berufsvereinen und Regierungen eine wichtige Verantwortung die Misshandlung von betreuten Kindern und Erwachsenen zu erkennen und zu verhindern.
- Regierungen, Pflegeberufe, einschließlich BerufssozialarbeiterInnen, freiwillige Helfer und Organisationen, die diese anstellen, müssen gemeinsam im Interesse der Gemeinschaft handeln und den sozialen Zusammenhalt sowie effektive Dienste für Einzelpersonen und Gemeinschaften fördern.
- Sozialarbeit sollte so geleistet werden, dass sowohl die Gemeinschaft als auch die kulturellen Traditionen und die Rechte und Wünsche jener, die die Dienste in Anspruch nehmen, respektiert werden.
- Ethische Richtlinien für die Tätigkeiten von SozialarbeiterInnen und Organisationen sind erforderlich für die Unterstützung wirkungsvoller Sozialarbeit und sichern den Respekt für menschliches Leben.
- Organisationen haben die Verantwortung die Dienste und Qualitätsstandards zu definieren und zwar unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Erwartungen der Benutzer, ethischer Prinzipien, professioneller Ziele, und Kosteneffizienz. Diese Standards sollten auf Forschung basieren, transparent sein und regelmäßig überprüft werden. SozialarbeiterInnen sollten an der Definition und Überwachung dieser Standards beteiligt sein.
- Grundausbildung und Schulung müssen Teile eines laufenden Prozesses sein. Dazu gehören auch lebenslanges Lernen und die Möglichkeit zur Weiterbildung.
- Die Ausbildung von SozialarbeiterInnen sollte in jedem Bereich auch die Teilnahme von Ausbildern, Fachleuten und Empfängern mit einbeziehen. Lehrpersonen, die praktische Sozialarbeit in Institutionen für höhere Bildung unterrichten, sollten persönliche, praktische Erfahrungen aufweisen können.
- Forschung ist für die Entwicklung der Sozialarbeit notwendig. Alle in der Sozialarbeit Praktizierenden müssen mit der Anwendung von Forschung vertraut sein, diese interpretieren können und die Gelegenheit haben daran teilzunehmen.
- Organisationen die auf Sozialarbeit spezialisiert sind, müssen diese Prinzipien unterstützen, indem sie ein offenes Arbeitsumfeld bereit stellen, ständig dazu lernen – nicht nur durch Forschungsergebnisse, sondern auch von den Ansichten der Empfänger der Dienste und von der Erfahrung, jener die Sozialarbeit leisten.
- Das Arbeitsumfeld von SozialarbeiterInnen sollte der Umsetzung von ethischen Prinzipien und guter Praxis förderlich sein.
- SozialarbeiterInnen sollten die Möglichkeit einer Beförderung zur Fachkraft oder ins Management oder in akademische Positionen, haben.
- Damit Sozialdienste in zufriedenstellender Qualität geleistet werden können, sind entsprechende Mechanismen zum Wissensaustausch und für die Mobilität von Berufssozialarbeitern innerhalb der europäischen Staaten notwendig.

Zu finden unter: <http://www.sozialarbeit.at/eurr.htm>

Der OBDS Landesgruppe Wien lädt alle Interessierten ein mit uns eine Veranstaltung/Aktion zum SWAD 2005 zu planen!

**Aktuelle Infos findet Ihr immer unter <http://www.wien-sozialarbeit.at>**

	<b>NEIN zu einem Europa des Sozialabbaus</b> <b>NEIN zu einem Europa des Bildungsnotstandes</b>
--	--

Auf Initiative des ehemaligen EU-Kommissars Frits Bolkestein (niederländischer Liberaler) wird derzeit ein Richtlinienentwurf (Europarecht) zur Freizügigkeit der Dienstleistungen im Binnenmarkt der EU.

Wird diese europäische Richtlinie gebilligt, so hätte dies zur Folge, dass sämtliche Dienstleistungen im Europa der 25 wie gewöhnliche Wirtschaftsprodukte behandelt würden. Grundlegende Bereiche wie Kultur, Bildung, Gesundheitsdienste und sämtliche Dienstleistungen im Rahmen der nationalen Systeme zur sozialen Sicherheit könnten denselben wirtschaftlichen Konkurrenzmechanismen unterworfen werden wie sonstige Waren.

Eine solche Entwicklung würde unweigerlich zu einer Verschlechterung der Rechtssysteme bezüglich Renten, Sozialhilfe und der Deckung der Gesundheitskosten zugunsten privater Systeme führen. Sie würde außerdem die Deregulierung unserer Bildungssysteme und schließlich das Ende der kulturellen Vielfalt mit sich bringen. Außerdem hätte die Umsetzung dieser Richtlinie zur Folge, dass die Arbeitnehmerrechte, wie sie in der nationalen Gesetzgebung der EU-Mitgliedsstaaten festgelegt sind, in Frage gestellt würden.

Seit März dieses Jahres schlagen einige politischer Parteien und eine ganze Reihe nationaler und europäischer Instanzen (Verbände, Gewerkschaften etc...) Alarm und rufen zur Mobilisierung der progressiven Kräfte auf, um gegen diesen Richtlinienentwurf zu kämpfen, der einen Sozialabbau zur Folge hätte.

Trotz dieser Aktionen scheint eine große Mehrheit der Mitgliedsstaaten heute eine schnelle Verabschiedung dieses Richtlinienentwurfes zu befürworten. Da es sich um eine Entscheidung handelt, für die keine Einstimmigkeit erforderlich ist, kann keine Regierung und somit erst recht keine politische Partei die Verabschiedung dieser Richtlinie alleine verhindern.

Nur die starke Mobilisierung der Bevölkerung der EU könnte somit diese Entwicklung noch abwenden. Die Zeit drängt.

Wir bitten Sie daher, ein klares NEIN zu einem Europa des Sozialabbaus zu sagen, indem Sie die elektronische Petition unterzeichnen und diese Nachricht weiterverbreiten.

Internetseite: <http://www.stopbolkestein.org>

## **MAF Veranstaltung : Auflösung der Mobilen Arbeit mit Familien?**

### **Ist die Umstrukturierung methodisch sinnvoll? Wer gewinnt, wer verliert?**

Eine Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung. Zeit: 24.2.2005  
So hätte die Einladung gelautet. Doch die Veranstaltung fand nicht statt.

Denn wir konnten von der MAG ELF-Hierarchie keine TeilnehmerInnen für das Podium gewinnen. Auf der anderen Seite war dies anders. Rasch fand sich ein Mitarbeiter der Mobile Arbeit mit Familien (= MAF, vormals: Intensivbetreuung), und einfach war auch die Zusage eines Mitarbeiters eines vergleichbaren Projekts in Linz zu erhalten.

Wir wollten uns darauf konzentrieren, welche Auswirkungen die Umstrukturierung auf die Methodik hat. Die MAF- MitarbeiterInnen hatten in einem offenen Brief klargestellt, dass die Trennung zwischen Auftraggeber und Kontrollinstanz Regionalstelle einerseits und dem Angebot der MAF andererseits essentiell für einen Betreuungserfolg sei. Wenn das so ist, bedeutet die Umstrukturierung einen harten Schlag gegen die sozialarbeiterischen Bemühungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Gleichzeitig hören wir aber auch von vielen Verbandsmitgliedern in den Regionalstellen, dass die organisatorische Veränderung auch positiv gesehen wird. Die Zusammenarbeit mit der MAF könnte dadurch verbessert werden und die Rede vom getrennten Arbeiten sei ohnehin unehrlich gegenüber den KlientInnen gewesen.

Für einen interessanten Abend ist es nötig, beide Seiten zu hören. Abteilungsleiterin und Dezernentin sollten die Gelegenheit erhalten, ihre Überlegungen zur sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Methodik darzulegen. Beide sagten ab. Terminliche Schwierigkeiten waren unseres Wissens nicht die Ursache dafür.

**Aktuelle Infos findet Ihr immer unter <http://www.wien-sozialarbeit.at>**

## Nachrufe:

Seit Jahresbeginn sind einige SozialarbeiterInnen verstorben, die den Berufsverband durch viele Jahre begleitet haben. Sie leben in unserer Erinnerung weiter:

**Brigitte Fragner**, Buchhändlerin, Sängerin, Sozialarbeiterin und Psychotherapeutin, war weit über 10 Jahre lang Generalsekretärin des Österreichischen Berufsverbandes. Das war die Zeit, als unsere Ausbildungsstätten zur Akademie wurden und der Ausbildungstitel Diplomsozialarbeiter/in geschaffen wurde. Professionalisierung des Berufes und Titelschutz waren dem entsprechend zwei zentrale Ziele, für die sie sich zäh eingesetzt hat. Ebenso zäh kämpfte sie gegen den Tod. Mit ihr starb eine Vorkämpferin für das Berufsgesetz.

**Stefan und Franziska Jindra** wurden bei einem tragischen Autounfall getötet. Beide waren nicht nur für ihre KlientInnen tätig sondern setzten sich auch in der Personalvertretung ein. Besonders Stefan bemühte sich, Berufsverband und Gewerkschaft für alle Ungerechtigkeiten sensibler zu machen und ließ sich davon auch durch seine langjährige Erkrankung nicht abbringen. Mit ihm verließ uns ein Stück Urgestein der Wiener Sozialarbeit.

DSA Michael Vorlaufer

## Mitgliedsbeiträge:

Herzlichen Dank an alle pünktlichen ZahlerInnen und eine Einladung an alle jene, die bisher den Weg zur Bank noch nicht geschafft haben – **Bitte vergesst nicht auf den Mitgliedsbeitrag für 2005 !!!**

## Nicht vergessen - Steuern sparen!

Der Mitgliedsbeitrag für den Berufsverband ist im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung steuerlich in voller Höhe als Werbungskosten absetzbar. Ebenso sind dies Kirchenbeiträge (bis 100,- jährlich) und Gewerkschaftsbeiträge.

Falls dies noch nicht geschehen ist: Die Antragsformulare für 1999 bis 2004 gibt es unter:

[www.bmf.gv.at/service/formulare/steuern/auswahl/start.htm?FNR=L1](http://www.bmf.gv.at/service/formulare/steuern/auswahl/start.htm?FNR=L1)

**Bitte Vormerken: Die Bundestagung des OBDS BUTA 2006 findet voraussichtlich vom 23.bis 25.10.2006 in Velden/ Kärnten zum Thema „ Almosen oder Menschenwürde“ statt.**

Wenn unzustellbar, bitte mit neuer Adresse zurück an:

OBDS-Wien  
Mariahilferstr. 81/1/14  
1060 Wien

Adresse

**Aktuelle Infos findet Ihr immer unter <http://www.wien-sozialarbeit.at>**